

# Die Münchner Sicherheitskonferenz 2024: Sorgen und Herausforderungen

*Von Peter Helmes*

**Daß der russische Präsident Wladimir Putin die Verantwortung für Nawalnys Tod trägt, war Konsens unter den Konferenzteilnehmern in München. Selbst der Zeitpunkt der Todesnachricht sei kein Zufall, sagte Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko. Der Tod Nawalnys mag der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit noch deutlicher vor Augen führen, mit wem es die Ukraine - und der Westen - mit Putin als Gegner zu tun haben. Doch eine einheitliche, überzeugende Reaktion des Westens fehlte in München.**

„München“ war beinahe sprachlos. Die inzwischen zu einer Institution gewordene Sicherheitskonferenz steht wieder ganz am Anfang. So wie es vor 60 Jahren begann, als die Deutschen mit den Amerikanern diskutierten, wie sie sich der UdSSR widersetzen könnten, erörtern heute die Europäer wieder mit den Amerikanern, wie sie Russland aufhalten können.

**Viele hochrangige Teilnehmer der Veranstaltung versuchten von der Bühne aus Optimismus und Vertrauen in den Sieg der Ukraine und die Verlässlichkeit der transatlantischen Verbindung auszustrahlen. Doch bei zahlreichen Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die traditionell das Hauptprogramm des Forums begleiten, klangen sie pessimistisch, unsicher und verwirrt. In Europa verbreitet sich Alarmbereitschaft angesichts eines möglichen Kurswechsels von Washington.**

Besonders bedroht sind die Länder in der Grauzone zwischen NATO und Russland wie Georgien oder Moldau. Putins autoritäre Alternative zur liberalen Demokratie findet keinen Rückhalt in der Bevölkerung von Ländern, die aus eigener Erfahrung wissen, wie es ist, von Moskau aus regiert zu werden. Bei freien Wahlen entscheiden sie sich für den Weg nach Westen. Deshalb setzt Putin auf militärische Stärke und brutale Unterdrückung; denn nur so kann er sich für den Zusammenbruch der Sowjetunion revanchieren.

**Aber das, was die Ukraine und mit ihnen die Europäer nicht haben, ist Zeit. Selenski und seine Streitkräfte befinden sich in einer immer brisanteren Lage. Umso auffälliger ist die Art und Weise, wie der deutsche Kanzler auch in München wieder auftrat. Seine Rede wirkte uninspiriert, einen Appell an die deutsche Öffentlichkeit für einen entschiedenen Kampf gegen Putin enthielt sie wider Erwarten nicht – was gerade nach Nawalnys Tod besonders auffiel.**

Nawalny hatte vor einigen Jahren in einem Interview gesagt, wenn er getötet werde, dürfe man den Kampf gegen das Böse nicht aufgeben. Was Russland in Zukunft erwartet, ist schwer zu sagen. In einem autoritär regierten Land gibt es nichts Gefährlicheres, als sich dem Regime zu widersetzen. Der Tod von Alexej Nawalny führt wieder einmal vor, wie es ist, wenn sich jemand wie Putin in einem Russland an der Macht hält, in dem es keinen Rechtsstaat gibt und demokratische Regeln nur auf dem Papier existieren.

Das offizielle Russland befindet sich in einem erbärmlichen Zustand, und auch wenn es das Wort Zivilisation immer auf seine Weise interpretiert hat – jetzt ist es aus den internationalen Parametern herausgefallen. Moskau hat die Welt immer wieder davon überzeugt, daß es noch tiefer sinken kann, als es jemals möglich schien. Falls Russland eines Tages beschließen sollte, zur europäischen Zivilisation zurückzukehren, hat es einen langen Weg vor sich.

**Wovor Putin Angst hatte, war wohl nicht nur das große Charisma von Nawalny, sondern vor allem die Möglichkeit, daß sich Nawalnys Mut und Furchtlosigkeit in die gesamte russische Gesellschaft verbreiten.**

Den Mut der Bürgerinnen und Bürger, die Demokratie in Russland fordern, kann der Staat allerdings nicht auf Dauer mit Gewalt unterdrücken. Wenn sie mundtot gemacht und die regimekritischen Kandidaten nicht zugelassen werden, haben die Präsidentschaftswahlen, bei denen Putins haushoher Sieg inszeniert werden soll, keine Gültigkeit. Das sollte Putin sich bewußtmachen. Mit dem Tod Nawalnys ist nicht nur die Gefährlichkeit von Putins Politik, sondern deren grundsätzliche Schwäche nun zutage getreten.

### **Zu große Lücke für Europa**

Doch auch nach dieser Sicherheitskonferenz bleibt der Eindruck: Fallen die USA als wichtigstes Unterstützerland der Ukraine künftig aus, weil die Republikaner im US-Kongreß neue Hilfen dauerhaft blockieren, ist die Lücke enorm groß. Zu groß für Europa, um sie zu füllen.

**Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte erneut mit dramatischen Worten mehr Hilfe, mehr Waffen, mehr Munition. „Fragt nicht die Ukraine, wann der Krieg enden wird. Fragt euch selbst“, sagte er.**

Neben Wladimir Putin war er der zweite unsichtbare Konferenzgast, der die Debatten prägte: Donald Trump. Er hat nicht nur die Zustimmung der Republikaner zu weiteren Ukraine-Hilfen der USA bisher verhindert. Trumps Drohung wirkt, NATO-Ländern, die zu wenig für Verteidigung ausgeben, die Beistandsgarantie der USA zu entziehen. Die Senatoren und Kongreßabgeordneten aus den USA, vor allem der republikanischen Partei, gehörten zu den begehrtesten Gesprächspartnern in München. Doch die öffentlichen Auftritte zweier Senatoren waren ernüchternd:

Pete Ricketts, Republikaner aus Nebraska, ist eigentlich ein Befürworter von Ukraine-Hilfen. Doch er wand sich in München mit dem Argument, Demokratie sei manchmal eben chaotisch und langwierig, die Ukraine-Entscheidung im Kongreß brauche ihre Zeit. In den USA sei zudem das Hauptproblem, daß täglich Tausende Migranten von Mexiko aus über die Grenze kämen.

In Wahrheit fürchtet Ricketts wie viele andere Republikaner die Macht Trumps und dessen mögliche Rache an jenen in der Partei, die sich gegen ihn wenden. J.D. Vance, Trump-Verehrer aus Ohio, sagte es direkter: Die USA sähen China als Hauptherausforderung der Zukunft, Taiwan brauche dringend Unterstützung. Auch Israel müsse mit Geld und Waffen unterstützt werden. Also könne sich Amerika keine weitere Ukraine-Hilfe leisten, so die Schlußfolgerung. Und Putin, sagte Vance in erschreckender Naivität, sei ja nur einer von vielen Bösewichten weltweit.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren nicht in München dabei war ein weiterer Republikaner: Lindsey Graham, Senator aus South Carolina. Er hatte bis vor kurzem vehement für die Unterstützung der Ukraine argumentiert. Jetzt sagte er die Reise nach München kurzfristig ab und gab sich demonstrativ an die Grenze zu Mexiko.

### **Scholz warb um Unterstützung**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in München einmal mehr an die europäischen Partnerländer appelliert, ihre Unterstützung der Ukraine zu verstärken. Mit Blick auf Skepsis in

Deutschland selbst sagte Scholz: „*Dieser Krieg mitten in Europa verlangt uns einiges ab. Geld, das wir jetzt und in Zukunft für unsere Sicherheit ausgeben, fehlt uns an anderer Stelle.*“ Doch er betonte auch: „Ohne Sicherheit ist alles andere nichts.“ Exemplarische Sätze für die deutsche Position.

**Es bewegt sich etwas, doch die Realität sickert nur sehr langsam ein. Offiziell ist das Ziel, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben, in diesem Jahr erreicht. Doch offenbar nur mit Hilfe einiger Rechenricks, wie auf den Konferenzfluren in München bestätigt wurde. Und wie der Anspruch von Verteidigungsminister Boris Pistorius, bald drei Prozent oder mehr zu erreichen, erfüllt werden soll, blieb auch an diesem Wochenende offen.**

Immerhin drückten CDU- und Unionsfraktionschef Friedrich Merz und der Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck in Interviews überraschende Einigkeit aus: Ganz abgesehen von der Frage, ob Trump wieder US-Präsident werde, müsse Deutschland, müßten die Europäer deutlich mehr für Verteidigung tun - und auch die Rüstungsindustrie auf Vordermann bringen.

### **Zweites Hauptthema: der Krieg in Nahost**

Der Krieg in Gaza war neben der Ukraine das zweite große Thema der Konferenz. Die Bilanz ist hier schnell gezogen - und wiederum ernüchternd: Es gab zahlreiche Treffen, auch zwischen Gesprächspartnern, die sonst eher nicht miteinander reden, etwa zwischen dem israelischen Präsidenten Izchak Herzog und dem Regierungschef des Vermittlerlandes Katar, Mohammed al-Thani.

Für Konferenzleiter Christoph Heusgen war das ein „Silberstreif am Horizont“. Doch konkrete Fortschritte in Richtung Feuerpause, neuem Geiselabkommen, gar in Richtung des vielbeschworenen Fernziels Zweistaatenlösung gab es nicht.

### **Und das war´s dann auch. Nach 60 Jahren Konferitis bleibt die Frage: Wohin steuert die Sicherheitskonferenz?**

Die frühere "Wehrkundetagung" hat sich stark verändert, sie ist größer geworden, hat den Teilnehmerkreis, den Sicherheitsbegriff, das Themenspektrum stark erweitert. Der „Globale Süden“ ist in diesem Jahr als neuer Schwerpunkt dazugekommen. Ein wichtiges Thema, auf welche Seite sich die früher als „Dritte Welt“ bezeichneten Länder schlagen, die Seite des Westens oder die Seite Russlands und Chinas.

Doch es stellt sich für das Format der Konferenz die Frage: Wäre in Zukunft weniger mehr? Wenige Schwerpunkte, die vertieft werden, weniger Teilnehmer, also Fokussierung? Daß die Konferenz an sich sinnvoll ist, daß sie als weltweit wichtigstes Forum für Sicherheitspolitik auch Deutschlands internationalen Einfluss stärkt - das steht außer Frage. Selbst wenn vielen Teilnehmern in diesem Jahr am Ende eher Ratlosigkeit ins Gesicht geschrieben stand. (Quellen u.a. Dlf, Tagesschau.de)

\*\*\*\*\*